

leichterungen des Schulbuchverkehrs, die das neue Schulbuchgesetz ermöglicht hat, ist schon in der kurzen Zeit seiner Geltung in erheblichem Maße Gebrauch gemacht worden, und es ist zu erwarten, daß die Benutzung des Schulbuches sich in immer größerem Umfange einbürgern wird, wenn erst weiteren Kreisen des Publikums die Vorzüge der Einrichtung genügend bekannt geworden sind. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß nach einer Vereinbarung zwischen der Finanz- und Postverwaltung die Postanstalten zu dem Schulbuchverkehr herangezogen werden sind. Wer ein Konto erwerben will, kann bei jeder Postanstalt für den Antrag ein Formular erhalten, auf dem nähere Angaben über die Ausfüllung aufgedruckt sind; das Formular ist an die Zeehandlung (Preussische Staatsbank) in Berlin einzulassen und gleichzeitig ist der Geldbetrag mittels Zahlungschein auf das Postkonto der Zeehandlung einzuzahlen. Soweit die Landbriefträger Einzahlungen im Postverkehrsverkehr anzunehmen befugt sind, d. h. bis zu 800 Mark, können auch die Einzahlungen auf das Postkonto der Zeehandlung an den Landbriefträger erfolgen. Auch das Reichsschulbuch zeigt eine gewaltige Zunahme; man sieht also, daß die neue Propaganda doch nicht erfolglos geblieben ist.

**Der Kampf um die Wertzuwachssteuer** geht jetzt aufs neue ein; die Gegner derselben sagen, daß sie viel Arbeit mache, aber wenig Ertrag liefern werde. Gewiß kann es sich hier nur um Schätzungen handeln und diese können trügen. Als Köln am 1. April 1905 die Zuwachssteuer einführt, war sie von den Stadtverordneten so bewertet worden, daß der Oberbürgermeister Dr. Weder, der als einer der genauesten Kenner Kölner Verhältnisse galt, der Steuer nur noch „decorativen Wert“ beimah. Man stellte ihren Ertrag nur noch mit 20 000 Mark in den Etat. In Wahrheit ergab sie 285 000 Mark. Im nächsten Jahre legte man den Ertrag mit 80 000 Mark ein — es ergaben sich 387 000 Mark. Und ähnliche Erfahrungen machte man auch auf dem platten Lande. Die kleinsten Orte, die unseres Wissens die Zuwachssteuer haben, sind Dörfer im Kreise Blumenthal: St. Magnus (731 Einwohner), Plattenwerbe (362 Einwohner), Brundorf (151 Einwohner). Hier war der Ertrag der Zuwachssteuer 1907: 8530 Mark, 3638 Mark und 1628 Mark, das heißt auf den Kopf der Bevölkerung ergab die Steuer über 10 Mark. Will man die kleinen Teile von der Steuer ganz freilassen und ihre Vorteile mit Steuererklärungen usw. ganz verschonen, so gibt es auch dazu gangbare Wege genug. Man kann z. B. jeden Gewinn unter 2000 Mark dann freilassen, wenn der Verkäufer ein bestimmtes Mindesteinkommen nicht erreicht. Wenn Reichsteuergesetz hat man ja auch derartige Freilassungen des kleinen Grundbesitzes ermöglicht. Man kann den kleinen Besitz gut schonen, ohne den Spekulant mit durchschlüpfen zu lassen. Wenn man endlich erklärt, „das ganze Reich bietet viel zu ungleiche Verhältnisse, um durch einheitliches Gesetz erfasst zu werden“, so genügt ein Hinweis auf das „praktische“ England, das am 27. April d. J. seine Reichszuwachssteuer angenommen hat, obwohl die Gegensätze zwischen der City von London und den Jaagdgründen Schottlands, zwischen dem Industrieboden Manchesters und den Mooren Irlands gewiß nicht minder groß sind, als die Gegensätze in Deutschland.

**Wir fragen nicht.** In der Ansprache Sr. Eminenz des Kardinals Hirsbischhof Stopp an die Preussener katholischen Arbeitervereine hat der liberalen Presse vor allen der Abschnitt gefallen, wo es heißt, die Katholiken fragen nicht, welcher Religion der Landesherr sei, ob die Träger der Obrigkeit, ob der Arbeitgeber katholisch sei oder nicht. Man glaubt oder tut doch so, als glaube man, das ließe sich vortrefflich gegen die „Paritätsschmüßel“ der „Ultramontanen“ verwenden. Der Wortlaut ergibt aber mit aller nur möglichen Deutlichkeit, daß der Kardinal nur gesagt hat, die Katholiken gehorchen der von Gott gesegneten Obrigkeit und Autorität von Gewissenswegen und machen Gehorsam und Vertrauen nicht von der Konfession abhängig. Mit diesem Worte ist gesagt, es sei ihnen einerlei, ob sie im staatlichen, kommunalen usw. Leben hinter den Protestanten zurückblieben müßten und unparitätische Behandlung erfahren.

**Der Abgeordnete Wassermann,** der sich vorgestern in Hamburg aufhielt um eine Nordland-Fahrt anzutreten, hat sich in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des Hamburgischen Korrespondenten über die augenblickliche politische Lage in Deutschland näher ausgesprochen. Er erklärte zunächst, daß nicht politische, sondern nur Gesundheitsbeschwerden ihn veranlassen könnten, sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen. Lediglich vom Stande seiner Gesundheit werde es abhängen, ob er bei den nächsten Wahlen für den Reichstag kandidiere. Die sozialdemokratischen Erfolge bei den letzten Nachwahlen führte er auf den Ausgang der Kämpfe um die Reichsfinanzreform und auf das Scheitern der Wahlreform zurück. Ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Konservativen Verheißung für die Zukunft, dem Bunde der Landwirte und dem Zentrum könnte nur den einen Erfolg haben, die Aussichten der Sozialdemokratie zu vermehren. Er halte nach den Erfahrungen ein Zusammengehen mit den von extremen Agrariern geführten Konservativen für geradezu vernichtend für jede liberale Partei. Ihre den Augenblick gebe es keinen Weg zum Anschluß nach rechts und noch viel weniger zum Zentrum. Die an die Engländer geknüpften Bewegungen habe wieder einmal die Klust gezeigt, aber die es keine Brücke gebe. Jeder Liberale habe das Gefühl, durch eine Welt getrennt zu sein von jenen, die sich auch in politischen Dingen gelegentlich von Instanzen führen lassen, von denen eine so empfindende Verteidigung des Protestantismus ausgehen konnte. Auch gegenüber der fortschrittlichen Volkspartei würden die Nationalliberalen ihre volle Selbstständigkeit bewahren, doch wären starke gegenseitige Konfessionen im Wahlkampf gegen den Bund der Landwirte erforderlich. Der Gedanken einer Umbettragung der badischen Großblockpolitik auf das Reich wie Wassermann zurück. Mit der badischen Großblockpolitik habe er niemals etwas zu tun gehabt. Der Kasseler Parteitag werde darüber Klarheit schaffen, daß niemand in der national-liberalen Partei an einen Großblock im Reich denke.

**Herr Wassermann scheint es danach mit der „selbständigen“ Politik zwischen zwei Stühlen zu halten. Sie war allerdings längst das „Ideal“ der Nationalliberalen. Daß die Regierung eine zugräftige Wahlparole finden werde, glaubt Wassermann nicht. Vielleicht gehen die Nationalliberalen ihr nun an die Hand. Sie könnten sie allerdings zunächst selbst gut brauchen. Uebrigens war die von der Badischen Landeszeitung verbreitete Mitteilung, daß der Abgeordnete Wassermann im 12. badischen Reichstagswahlkreise kandidieren werde, nach dem Mannheimer Generalanzeiger aus der Luft gegriffen.**

**Eine neue „Konfessionalisierung“ für die Armee** hat die liberale Presse entdeckt. Die „Westdeutsche Landeszeitung“ berichtet aus München-Grudbach:

„In dieser Stadt hat sich ein Komitee von Geistlichen und Laien gebildet, zu dem Zwecke, die demnächst abziehenden Rekruten schon vorher etwas in den Geist des Soldatenlebens einzuführen und ihnen so über die Anfangsschwierigkeiten der Dienstzeit hinwegzuhelfen. Zu diesem Zwecke wird Herr Oberleutnant M. für alle Rekruten der Stadt gemeinsam im katholischen Gesellenhause Instruktionstouren halten. Abteilungsweise werden Turn- und Schießübungen veranstaltet durch im Militärdienst erfahrene Kräfte. Durch Vorträge eines erfahrenen Arztes, sowie Exerzitienvorträge eines Ordensgeistlichen soll Verstand und Gewissen geschärft werden gegenüber den sittlichen und religiösen Gefahren der Garnison. Eine erste einleitende Versammlung aller hiesigen katholischen Rekruten und deren Eltern findet statt am nächsten Sonntag den 31. Juli abends 6 Uhr im Gesellenhause, Dähler Straße; dort wird Benauer bekanntgegeben. Alle Eltern der jungen Vaterlandverteidiger werden, falls sie ein Herz haben für Söhne, diese Veranstaltung freudig begrüßen und mit ihren Söhnen im Gesellenhause erscheinen.“

Dazu bemerkt die „Bad. Landeszeitung“:

„Wir wollen hoffen, daß sich die Meldung in dieser Form nicht bewahrheitet. Sollte sie aber wahr sein, so wäre ein solches Hineintragen konfessioneller Absonderungsbestrebungen (?) in die Armee sehr zu bedauern, und man müßte derartigen Absichten rücksichtslos und mit Schärfe entgegenreten.“

Es ist doch kaum glaublich, wie fanatisch der Liberalismus alles haßt, was auch nur entfernt religiöser Betätigung gleichsieht. Wenn in Exerzitienvorträgen eines Ordensgeistlichen die jungen Vaterlandverteidiger gestärkt werden sollen gegen die unfreilich vorhandenen Gefahren des Kasernenlebens, so schreit dieser intolerante Liberalismus über „konfessionelle Absonderungsbestrebungen“, denen rücksichtslos und mit Schärfe entgegengetreten werden müsse! Dafür stellt die „Badische Landeszeitung“ die Sozialdemokratie als etwas ganz Harmloses hin; ihr sind jedenfalls religiöse Vorträge etwas viel Schrecklicheres als die revolutionären Ideen der Umsturzpartei! Die destruktive Tendenz des Liberalismus kann kaum schärfer zutage treten, als es hier geschieht.

**Die Geschäftspraxis eines ultramontanen Rechtsanwaltes.** Unter diesem Titel berichtet der „Vorwärts“ (Nr. 163 vom 15. Juli 1910) über eine am 11. Juli d. J. vor dem Landgericht Augsburg gegen den Rechtsanwalt Dr. Fischer wegen Vergehens im Amte durchgeführte Verhandlung. Rechtsanwalt Dr. Fischer, der beschuldigt war, in einer Prozesssache beiden sich gegenüberstehenden Parteien mit Rat beigegeben und dafür von beiden Parteien Entschädigung genommen zu haben, wurde zu 200 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Wie es sich bei dieser Verhandlung herausstellte, war Dr. Fischer bereits vor einigen Jahren von der Anwaltskammer in Augsburg wegen Verfehlungen gegen die Rechtsanwaltsordnung zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt worden. Soweit der trodene Sachverhalt. Dieser genügte aber dem „Vorwärts“ nicht, sondern er glaubte denselben durch besondere Anschuldigungen seinen Lesern erst mündgerecht machen zu müssen. Dr. Fischer wird offenbar der Sozialdemokratie etwas unbekannt und darum sucht sie ihn schlüssig auf das Zentrum abzuschließen. So nennt der „Vorwärts“ den Dr. Fischer den „juristischen Schutengel der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine in Augsburg“, „Zentrumsleuchte“, „ultramontaner Agitator, der in der Bekämpfung der Sozialdemokratie sein mögliches leistet“ usw. — Dazu wird der Zentral-Ankunftsstelle der katholischen Presse von kompetenter Seite folgendes mitgeteilt: „Rechtsanwalt Dr. Fischer war früher Anwalt in Schwabmünchen, sodann Anwalt in München, endlich Hilfsarbeiter in Augsburg und sodann selbständiger Anwalt in Augsburg. Weder in Schwabmünchen noch in München war Rechtsanwalt Dr. Fischer Mitglied der Zentrumsparthei, sondern er galt als jungliberal. In Augsburg hat er sich, nachdem er sich selbständig gemacht hatte und trotzdem er aus einer Kanzlei wegen Verfehlungen plötzlich entlassen worden war, an die Leiter der Zentrumsparthei herangebracht, die jedoch von seinen Verfehlungen keine Kenntnis hatten. Infolgedessen ist er einigmal in Zentrumsversammlungen als Redner aufgetreten. Als seine Verfehlungen bekannt wurden, hat man ihn abberufen. Es ist richtig, daß er einigmal christliche Gewerkschaften vor Gericht vertreten hat. Ebenso hat er auch eine Zeitung und zwar sehr intensiv die Sozialdemokratie gerichtlich vertreten und er steht in dringendem Verdachte, daß er auch für ihre Zeitung — „Schwäbische Volkszeitung“ — Artikel geliefert hat. Die Sozialdemokratie hat gar keinen Grund gegen Fischer, der mit ihr und mit dem sie angehängt hat, anzutreten.“

**Schuster, bleib bei deinen Leisten!** Wenn ein Jude über katholische Einrichtungen schreibt, dann kommt meistens eine arme Blamage für ihn heraus, was ja schließlich begreiflich ist. So lesen wir in einer Notiz der sozialdemokratischen Vieler „Volkstimme“ vom 2. August, in deren Redaktion der polnisch-jüdische Genossenführer Moses Moriz Herich arbeitet. Donnerstag ist, daß der katholische Pfarrer von Lipnik an Sonntagen nicht gerne Krankenbesuche macht, weil es da gewöhnlich „viele auf bezahlte Messen gibt“. Man kann von einem jüdischen „Genossen“ zwar keine Kenntnis über katholische Dinge verlangen, doch kann man ihm das Sprichwort in Erinnerung bringen: Schuster, bleib bei deinen Leisten!

**„Drei rote Lügen auf einmal.“** In den letzten Wochen ging ein Artikel durch den roten Blätterwald. Die Quintessenz des Artikels war: Das Zentrum entriestete sich in heuchlerischer Weise über die Anstaltungsverträge der sozialdemokratischen Ortskrankenkassenverwaltungen mit ihren Beamten, während in den von Zentrumsanhängern beherrschten Kassen noch weit schlimmere Verträge abgeschlossen würden. Als Beispiele waren die Verhältnisse in den Ortskrankenkassen Bentrath, München und Rheidt angeführt. Stutig gemacht hat uns die Anführung Münchens, denn es ist doch allgemein bekannt, daß die rote Gewaltherherrschafft in der dortigen Ortskrankenkasse die christliche Arbeitererschaft bisher von der Verwaltung ferngehalten hat. Die „Münchener Volkszeitung“ schrieb deshalb nach Bentrath und Rheidt um Auskunft über die dortigen Verhältnisse. Die Antworten beweisen, daß der Artikelschreiber in allen Fällen die Unwahrheit geschrieben hat. Wir lassen die betreffenden Darstellungen folgen: „In der Gemeindeverwaltung Rheidt sitzt kein Zentrumsmann und auch kein Vertreter der christlichen Arbeitererschaft. Der alte Vorstand der Ortskrankenkasse bestand zum größten Teile aus Sozialdemokraten, erst vor zwei Jahren ist es der christlichen Arbeitererschaft auf Grund der Verhältnismahl gelungen, zwei Vertreter in den Vorstand zu schicken. Diese beiden Vertreter sind evangelisch und stehen der Zentrumsparthei fern.“ Von Bentrath, wo nach Angabe des roten Artikelschreibers ebenfalls der Kassenvorstand aus „auf Herz und Nieren geprüften Zentrumsleuten“ bestand, erhielten wir folgende Antwort: „Bei Durchsicht der Namen des Vorstandes von 1901 bis 1907 finden wir unter diesen 13 Mann nur drei Zentrumsleute. Die übrigen 10 und auch der Rentant gehören einer früheren Bürgerparthei, jetzt wirtschaftlichen Vereinigung an, welche die schärfste Gegnerin der Zentrumsparthei ist. Bei Gemeinde- und Staatswahlen stehen diese mit den Sozialdemokraten, den Liberalen und den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen auf freundschaftlichem Fuße. Die Berufung des Rentanten Gardt und der Abschluß des Vertrages vom 14. Juni 1903 geschah von einem Vorstande, aus dessen Reihen die Zentrumsleute ferngehalten wurden. Bekannt wurde den Zentrumsleuten nur, daß die Anstellung des Rentanten auf Lebenszeit erfolgte und ein Gehalt für diesen von 8 Prozent der Einnahmen gesichert wurde. Ein berechtigtes Mißtrauen besteht seit langem in Zentrumskreisen gegen die Kassenverwaltung. Sind doch die persönlichen Verwaltungsausgaben von 7462,07 Mark im Jahre 1905 bis auf 11 951,15 Mark im Jahre 1908 und gar bis auf 12 618,73 Mark im Jahre 1909 gestiegen. Das Zentrumsorgan, das „Münchener Tageblatt“, hat auf diese Mißstände aufmerksam gemacht. Es ist bewiesen, daß Zentrumsleute bei Abschluß des Anstaltungsvertrages der Ortskrankenkasse Bentrath nicht mitgewirkt haben, daß die Verwaltung im besten Verhältnisse zur Sozialdemokratie gestanden hat und daß auf Zentrumsseite die Mißwirtschaft erkannt und auch getadelt wurde.“ Somit sollen alle Angriffe auf die Angreifer zurück. Aus dem Material gegen das Zentrum wurde ein Material gegen die Sozialdemokratie. Wundern muß man sich nur darüber, wie man der Deffentlichkeit gegenüber so leicht mit der Wahrheit umgehen kann. Die Staatskynoral macht Fortschritte.

**Eine niedrige Verleumdung** verbreitet die Badische Landeszeitung vom 30. Juli 1910 (Nr. 347). Das Blatt verbreitet eine Behauptung des Belgiers Wandenhaute, der auf dem neumalhusanischen Kongreß im Haag am 28. Juli erklärt hatte, Kardinal Mercier von Mecheln habe seinen Feilischen vorgeschrieben, sie müßten solchen Eheskandale, deren Männer Neumalhusaner seien, in der Weichte zum Ehebruch raten. Es genügt, diese Verleumdung niedriger zu fängen. Auf demselben Kongreß sagte eine Frau Duval-Bikery, Vorsitzende des Bundes „Regeneration humaine“, der Bund habe seit 1879 die Geburt von 21 Mil. Unbemittelten verhindert!

**Ged gegen Frank.** Der „Vorwärts“ erhält folgende Zuschrift: „In der letzten Sitzung des Starksrüber Wahlvereins, in welcher die badische Budgetfrage behandelt wurde, hat der Genosse Dr. Frank bedauerlicherweise persönliche Angriffe auf abwesende Genossen gemacht. Dabei hat er einem Mitarbeiter des „Vorwärts“ den Titel eines Demuzianten verliehen. Von einem Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche versteckte Andeutung geeignet sei, einen Fraktionskollegen in den Verdacht zu bringen, erklärte Genosse Dr. Frank, daß er den Kollegen G ed damit nicht gemeint habe. Es würde nun eine Ehrenpflicht Dr. Franks sein, zu erklären, auf wen er mit seiner verletzenden Anspielung den Unwillen der Starksrüber Parteigenossen lenken wollte. Ad. G ed.“ — Was sagt nun Abg. Dr. Frank auf diese Anspielung?

**Oesterreich-Ungarn.** — Der evangelische Superintendent Usar läßt von der Kanzel der evangelischen Kirche in Wahren und Schießen einen Hirtenbrief verlesen, worin er die päpstlichen Beleidigungen der Engländer zurückweist und den gefehlich gewährleistung Schutz der Behörden für die evangelische Glaubensfreiheit fordert.

**Wie die Politische Korrespondenz** meldet, hat der japanische Vorkäufer dem Ministerium des Äußeren eine Note überreicht, in welcher der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn gekündigt wird. Zugleich erklärt sich die japanische Regierung darin bereit, mit der österreichisch-ungarischen Regierung in Verhandlungen über ein neues handelspolitisches Abkommen zu treten.

**Italien.** — Die Herzogin Elisabeth von Genes, die Mutter der Königin Margaritha, ist seit einigen Tagen infolge Verletzung eines Fußes bettlägerig. Ihr Befinden hat sich derart verschlimmert, daß bei dem hohen Alter der Patientin das Schlimmste befürchtet wird. Die Tochter wurde an das Lager der Sterbenden gerufen.

**Frankreich.** — Die Budgetkommission prüfte die Marineausgaben, das Budget der Ehrenlegion und des Senatorendienstes. Nachmittags wurde mit der Prüfung des Kriegsbudgets begonnen. Auf Vorschlag der Berichterstatter wurde das Kapitel betr. die Besetzung und Unterhaltung der Truppen mit Rücksicht auf die von der Kommission verlangten